



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

528 (16.11.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209489](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209489)

Mannheimer General-Anzeiger

Seitungspreis: In Mannheim a. M. 1.15, 21. Nov. 1923
50 Millionen Mark. Die Mannheimer Zeitung verpflichtet sich bei der Erfüllung des Abonnements zu bezahlen. Postzeitung Nummer 17990 Karlsruhe. — Hauptvertriebsstelle Mannheim L. 2. 1. — Geschäfts-Verwaltung: Postfach 100, Mannheimer A. Z. 7941, 7942, 7943, 7944. Telegr. Adr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich aussern.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro ein-
seitige Kolonialzeile für Allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark
Resten 1,20 Goldmark, für Anzeigen an bestimmten Tagen
Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernom-
men. Ehemalige Gewalt, Strafe, Betriebsstörungen usw.
verpflichten zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefallene oder
beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von An-
zeigen. Austr. d. Zentr. ohne Gewähr. Vertriebsst. Mannheim.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die Gefährdung der besetzten Gebiete

Verworrene und düstere Lage

Berlin, 16. November. (Von uns. Ber. Büro.) Wenn der Reichstag am Dienstag sich zusammensetzt, wird er eine Lage antreffen, die sich in so düsteren Farben darstellt, wie kaum je zuvor, selbst nicht in den Tagen, als der schwere Entschluß gefaßt wurde, den passiven Widerstand abzubrechen. Es ist nicht die schärfste, nicht die bayerische Frage, die uns im Augenblick am schwersten drückt, sondern es ist die bange Sorge um das künftige Schicksal der Rheinlande und des Ruhrgebietes, über das nun so oder so die Entscheidung zu fallen hat. Man möchte weit zurückgreifen, um die einzelnen Etappen aufzuzeichnen, durch die das Reichskabinett zu seinem gegenwärtigen Entschluß vom Dienstag abend gelangt ist, in dem die Einstellung der Erwerbslosenunterstützungen und darüber hinaus die Beendigung sämtlicher finanzieller Ausgaben für die besetzten Gebiete spätestens 10 Tage nach Ausgabe der Rentenmark, d. h. also am 26. November in Aussicht genommen wurde. Es ist vielfach, wer wollte es leugnen, ein Weg der Irrungen und Verzerrungen gewesen, den man bis zu dieser Stunde durchgemacht hat und der zunächst uns keineswegs aus dem Dunkel heraus, sondern in vielschichtiger noch tieferer Finsternis hinführt.

Doch die Ernennung Dr. Jarres' zum Reichsinnenminister in gewissem Sinne eine Wendung bedeutet, wurde keineswegs nur im sozialdemokratischen Lager angenommen. Welche Bedingungen etwa Herr Jarres vor Übernahme seines neuen Amtes gestellt hat, weiß außer ihm und dem Kanzler wohl niemand. Sein Name ist zweifellos nicht von dem Programm zu trennen, das er während der vielfach schwierigen Verhandlungen über die Rheinlandfrage in Hagen, in Barmen und in Berlin vertreten hat. Jarres ist der Befürworter des Gebaltens gewesen, daß um der großen außenpolitischen Entwicklung willen die Umformung der besetzten Gebiete in einen selbständigen Staat ins Auge gefaßt werden müsse, wobei die Form, in der er sich diesen neu zu schaffenden Staat mit dem Reich verbunden dachte, auf diesen Seiten sehr starken Widerstand gefunden hat, nicht zuletzt auch in den Kreisen der Regierung selbst. Inwieweit sich hieran seit den letzten Tagen bei der Auslichtung der Lage, mit den Franzosen zu einer auch nur einigermaßen annehmbaren Einigung über die wirtschaftliche Wiederbelebung der besetzten Gebiete zu gelangen, ein Umschwung sich vollziehen haben sollte, läßt sich im Augenblick schwer sagen. Sicher ist jedenfalls, daß auch bei den Parteien, die bislang die Regierung unterstützten, sich starke Bedenken zu regen beginnen, ob der jetzt eingeschlagene Kurs, statt um die Klippen herum nicht mitten in die Brandung hineinzuführen wird.

Es ist deshalb wohl nicht zu viel gesagt, daß man allgemein im Zusammenhang mit diesen Dingen das Gespenst einer

neuen Regierungslinie

aufstauden sieht. Es steht ja in der Tat so ungeheuer viel für uns auf dem Spiel, daß selbst mutige Herren von tiefer Bangnis vor der nächsten Zukunft ergriffen werden können. Im Schoße der Koalitionsparteien, deren Führer sich noch gestern abend zum Kanzler begaben, wird deshalb fort und fort erwogen, ob nicht vielleicht noch andere Möglichkeiten sich ergeben könnten, um der trübseligen Lage unter weniigen hohen Einfluß zu werden. Es heißt, daß der neuernannte Währungsminister Dr. Schacht einen Plan bereithält, der etwa nach preussischer Vorbild eine Zusammenfassung der besetzten Gebiete in einen kommunalen Zweckverband vorsieht. Die Aussicht eines solchen Projektes sind in so vorgeklärter Stunde natürlich bestritten. Sollte das Kabinett Stresemann sich dem am Dienstag zu erwartenden Ansturm nicht gemacht zeigen, so wären nicht mehr eben viel Kombinationen übrig. In demokratischen Kreisen ist man, wie wir hören, unbedingt der Ansicht, daß für diesen Fall noch ein letzter Versuch gemacht werden könnte, ein Kabinett auf parlamentarischer Grundlage zusammenzubringen und man denkt hier wohl an ein Wiedererleben der Weimarer Koalition. Andere halten die Zeit der deutschnationalen Diktatur immer mehr für gekommen. Nebenher läuft die Berlin, Dr. Stresemann werde, falls er das Vertrauen des Reichstags nicht ablehnt, bekäme, oder falls die Demokraten ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen würden, Herrn Ebert seine Demission antragen und ihm nahelegen, daß bei der Unmöglichkeit, eine parlamentarisch tragfähige Regierung zu bilden und der anderen, unter den jetzigen Verhältnissen, es zu einer Reichstagsauflösung kommen zu lassen, den Oberkommandierenden General a. S. Ebert mit der Wahrnehmung der laufenden Geschäfte zu beauftragen, während Dr. Stresemann selbst gewissermaßen als Zivilkommissar die Politik weiterführen würde. Indes, das alles sind, wie gesagt, Kombinationen, die schon durch die Ereignisse der nächsten Stunden über den Haufen geworfen sein können.

Der Widerstand innerhalb der Parteien wie auch des 15er Ausschusses gegen den Beschluß der Regierung, die Erwerbslosenunterstützung für das Ruhrgebiet einzustellen, hat die Regierung noch im letzten Augenblick zu einer

Klärung ihrer Haltung

beramte und zuletzt sind außenpolitische Erwägungen — die Unterhausklärung Baldwins mit ihrer Spitze gegen Frankreich beansprucht die größte Aufmerksamkeit — ausschlaggebend gewesen. Der Beschluß des Kabinetts, 100 Millionen Rentenmark zur Verfügung zu stellen (siehe unten), ist offenbar eine Folge der Besprechungen gewesen, die der Kanzler gestern abend mit den Führern der Regierungsparteien gehabt hat. Wie der „Lafanzzeiger“ wissen will, soll dabei eine Reihe von Mißverständnissen, die besonders von demokratischer Seite über die Pläne des Innenministers Jarres obwalteten, geklärt worden sein. Es wird betont, daß diese Pläne nicht auf eine Autonomisierung des Rheinlandes hinarbeiten, sondern daß Jarres nur ein gewisses Maß von Verhandlungsfreiheit für das Rheinland gegenüber den Besatzungsmächten in der Frage der Wiederherstellung der Arbeit

wünscht. Ob diese Angaben zutreffen, werden die Beschlüsse zeigen, die heute in der fortgesetzten Fraktionsbesprechung von den Demokraten gefaßt werden dürften. Der „Vorwärts“, der sich weiterhin in der Rolle eines Schlichters der nationalen Solidarität gefaßt, begleitet den Beschluß des Kabinetts mit der Bemerkung, daß damit die Politik der vorläufigen Preisgabe des Ruhrgebietes erledigt sei.

Ob durch diese neue Wendung der Dinge die Stellung des Kabinetts Stresemann vor dem Reichstag eine Stärkung erfahren wird, bleibt zunächst abzuwarten. Der „Lafanzzeiger“ prophezeit dem Kabinett den sicheren Sturz und ist der Ansicht, daß der Rücktritt voraussichtlich auf rein parlamentarischen Wege vor sich gehen wird. Das deutschnationalen Drama hält die von uns angedeutete Möglichkeit, daß alsdann General a. S. Ebert mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet werden könnte, für sehr wahrscheinlich. Die „Deutsche Zeitung“ kritisiert die Bemühungen, die eine Wiederherstellung der Wirtschaftlichen Koalition zum Ziel haben als ausbleibend und hofft auf die „deutschnationalen Reaktionen des Vertrauens“.

100 Millionen Rentenmark für Erwerbslosen-Unterstützung

Das Reichskabinett hat beschlossen, von dem gesamten Kredit, der dem Reich in Höhe von 900 Millionen Mark von der Rentenbank zur Verfügung gestellt wurde, einen Betrag im Wert von 100 Millionen Rentenmark für die Fortzahlung der Reichszuschüsse an die besetzten Gebiete, insbesondere zur Erwerbslosenunterstützung, bereit zu stellen.

Anstatt dieses Beschlusses war es notwendig, für die 100 Millionen Deduktion zu schaffen. Dem Kabinett nach ist es in der Weise gelungen, daß die Rentenbank seitens dem Reich noch einen neuen Kredit von 100 Millionen Rentenmark eröffnen darf. Durch Diktatorische des darüber ausgestellten Dokuments bei der Reichsbank soll dann die Reichsregierung die für das Rhein- und Ruhrgebiet benötigten Mittel beschaffen können.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses

Wurde am Montag nachmittag verlegt mit Rücksicht auf die für Samstag vorgesehene Beratung des 15er-Ausschusses der besetzten Gebiete und einer Konferenz der Ministerpräsidenten. Der Reichskanzler ist an diesen Besprechungen ausfallend beteiligt und konnte infolgedessen in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nicht anwesend sein. Am Montag tritt die sozialdemokratische Fraktion zu Besprechungen der politischen Lage zusammen.

Ein Einspruch aus Köln

Der 15er Ausschuss der politischen Partei und der Verhandlungsausschuss des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete und beim Reichskanzler Einspruch gegen eine etwaige unterdrückte Behandlung der Erwerbslosen des besetzten und des unbesetzten Gebietes einreicht und auf die katastrophalen Folgen hinweist.

Eine Warnung aus dem Rheinland

Die Rheinische Volkswacht, das Kölner Organ der Zentrumspartei, läßt sich in einem „Reichsregierung und besetztes Gebiet“ überschreibenden Leitartikel u. a. wie folgt aus:
„Die Reichsregierung wird sich zu der Frage ihrer so bedeutenden Beschlüsse schleunigst viel klarer und ausführlicher zu äußern haben, um, wenn sie es kann, die soziale Wirkung ihrer Entschlüsse auf den Wege über den politischen Verkehr der Rhein- und Ruhrdeutschen zu mildern. Nichts darf übrig bleiben, was den Einbruch des Verlassenwerdens zurückläßt, alles muß geschehen, was eine scharfe Zurückweisung des Schicksals bedeutet. Wir müssen das Rheinland einmal fahren lassen, um es später wieder zu holen. Der unglückliche Sach ist nun einmal aus unbedachtem Munde gefallen. Er muß von den Verantwortlichen in Berlin für immer erledigt werden. Es wird notwendig sein, dem besetzten Gebiet die notwendigen wirtschaftlichen Erleichterungen zu geben, damit es als neues Glied des Ganzen zu seinem Teile dann verachtet, die im Reich angeordnete Gesundung für sich mitdurchzuführen.“

Die Verhandlungen in Düsseldorf

Ueber die Verhandlungen deutscher Industrieller mit dem Reich in Düsseldorf wird jetzt von deutscher Seite folgende Darstellung verbreitet: Dienstag, 4 Uhr nachmittags, wurden in Düsseldorf Verhandlungen zwischen dem Vertreter des rheinisch-westfälischen Bergbau- und der Reichsregierung, nachdem ihre Mitglieder aus Paris zurückgekehrt waren. Hugo Stinnes, der in Berlin weilte, nahm an den Verhandlungen nicht teil. In absolutem Gegensatz zu den Grundgedanken der bisherigen Beratungen, wonach der Gegenwert der zu liefernden Kohlen und der Transporte auf Entschädigungsfonds verrechnet und so dem Reich vergütet werden sollte, stellte die Reichsregierung, diese so bedeutenden Gegenwerte auf ein anderes Konto zu schreiben. Dieses Ansehen wurde von den deutschen Vertretern abgelehnt, weil es in keiner Weise den Bestimmungen über die Entschädigungsfondsentscheidungen entspricht, wonach die Kohlen franko Grenze zugunsten des Entschädigungsfonds des Reiches voll zur Anrechnung kommen muß. Es erweckt den Anschein, als ob die Vertreter der französischen und belgischen Regierung, im offenen Gegensatz zu dem bisher eingenommenen Standpunkt, die Bestimmung erhalten habe, die Formulierung der mit dem deutschen Bergbau abzuschließenden Verträge so zu wählen, daß aus dem Wert der vom Ruhrgebiet zu liefernden Kohlen andere Unkosten Frankreichs und Belgiens gedeckt würden, vor allem die Kosten des Ruhrreinmarches. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob dieser Standpunkt der französischen und belgischen Regierung aufrechterhalten werden kann, da dadurch die Interessen der an den Entschädigungsfonds beteiligten Mächte auf das empfindlichste berührt werden, zumal die Kohle unter allen Naturallieferungen den größten Wert darstellt.

* „Kaisersprecher“ Tendenzen in der Türkei. Die türkischen Behörden haben gestern das Pera-Palasthotel, das einer französischen Gesellschaft gehört, beschlagnahmt. Außerdem hat das Unterrichtsministerium beschlossen, die französische Subdirektion am Gymnasium von Galata Serail aufzuheben und die französischen Lehrer zu entlassen.

Dr. Zeigler legt sein Mandatsmandat nieder. Der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigler wird, wie verlautet, sein Mandat im sächsischen Landtag aufgeben. In den nächsten Tagen ist eine Erklärung Dr. Zeiglers, die diesen Schritt begründen soll, zu erwarten.

England gegen Sanktionen

Die Sitzung der Botschafterkonferenz

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich gestern mit der Rückkehr des Erzprinzen nach Deutschland. Der Vertreter Frankreichs schlug vor, von Deutschland zu verlangen, daß der Kronprinz ausgewiesen oder von Deutschland auf Lebenszeit verbannt werde. Der Vertreter Englands schloß sich dem nicht an, sondern er erklärte, ohne den französischen Vorschlag direkt abzulehnen, daß man dann auch für alle ehemaligen deutschen Fürsten das gleiche verlangen müßte, was zu bedeutenden juristischen Schwierigkeiten führen würde. Auf Frankreichs Antrag erklärte sich der Vertreter Englands einverstanden damit, daß die Frage der Rückkehr und der Militärkontrolle gemeinsam behandelt werden. Dagegen wurde ein französischer Vorschlag, in einer gemeinsamen Note Deutschland schwere Sanktionen anzudrohen, abgelehnt. Die nächste Sitzung ist am Samstag.

Erklärungen Baldwins

Im Unterhaus erklärte gestern Ministerpräsident Baldwin, er habe den Ministern mitgeteilt, daß die Wirtlichkeits- und Reparationsfrage nicht unbeschränkt Zeit durchgezogen werden könnte, wenn die gegenwärtige Lage andauere. Es könne schwierig werden, unbegrenzte Zeit die Bemühungen aufrechtzuerhalten mit Ministern zusammenzuarbeiten, die dies so schwierig machten. Er erklärte weiter: Die Verhandlungen mit Amerika seien durch das Vorgehen zweier unserer Verbündeten zum Scheitern gebracht worden. Die erste Pflicht der neuen Regierung werde sein, die Gesamtsituation in Bezug auf die Reparationsfrage erneut zu prüfen und über die notwendigen Schritte zu entscheiden.

Das liberale Parlamentsmitglied Frost fragte den Premierminister, ob er den Zeitpunkt mitteilen könne, wie die Ansicht der Rechtsbeamten der Krone über die Rechtmäßigkeit der von der französischen Regierung vorgenommenen Ruhrbesetzung eingeholt worden sei. Baldwin erwiderte, der Zeitpunkt sei der 11. April gewesen. Frost fragte hierauf, ob der Premierminister sagen könne, ob die rechtliche Ansicht von den Rechtsbeamten der Krone erteilt worden sei, bevor der Unterstaatssekretär Mr. Neill in einer Rede in Comberburg Frankreich bei seinem Unternehmen Glück gewünscht habe. Baldwin erklärte, er wolle nichts darüber.

Das liberale Parlamentsmitglied Fringel fragte, ob Baldwin auseinanderlegen werde, weshalb die Ansicht der Rechtsbeamten der Krone in Bezug auf die im Januar angeforderten Fristen nicht vor dem 11. 4. eingeholt wurde. Baldwin erwiderte: Nein. Das liberale Parlamentsmitglied Wedgwood fragte hierauf, ob die Rechtsbeamten zu Rate gezogen wurden, bevor Lord Derby erklärte, daß Frankreich moralisch im Recht sei, wenn es in das Ruhrgebiet einrückte. Baldwin erwiderte: Ich weiß nichts darüber.

Wirtschaftsausschuss

Einberufen und zu dieser Begründung u. a. ausführte:

Die Außenpolitik der Regierung habe gezeigt, daß sie unfähig gewesen sei, das Angebot Amerikas zur Beilegung der Reparationsprobleme zu benutzen, und daß sie in schwächerer Weise den französischen Vorschlag angenommen habe, der überhaupt auf keine Konferenz hinausläufe. Der Außenminister der Regierung sei nervös und tölpelhaft gewesen. Sie habe keinen wirklichen Protest dagegen zugelassen, daß das britische Vorgehen von den Franzosen bei ihrer Ruhrbesetzung ignoriert wurde. Sie habe zugelassen, daß die britischen Märkte in Mitteleuropa zerstört wurden und daß eine wirtschaftliche Kombination gegen England sich bildete. Der Großbrianniens von Frankreich geschuldete Betrag hätte wirksam in der englischen Politik eingebracht werden können, und trotzdem sei Frankreich in das Ruhrgebiet einmarschiert und habe die Stellung Englands zerstört. England habe keine wirkliche Haltung gezeigt und habe die Aufrufe derjenigen unberücksichtigt gelassen, die darauf hofften, daß England irgendetwas tun werde. England sei heute in Europa schwächer als je, und trotzdem habe lebhaftest Erwartung in den Herzen des besten Teils der europäischen Völker geteilt, daß England mehr tun werde als je zuvor. Es sei die Vergewaltigung Europas, daß die britische Regierung die europäische Lage nicht mit geschäfter Hand anzufassen wolle. Snowden erklärte zum Schluß, die Arbeiterpartei habe das Gefühl schwerwiegender Verpflichtungen und das Empfinden der Dankbarkeit gegenüber General Smuts für die glänzende moralische Unterstützung, die er gegenüber der Ruhrbesetzung gefunden habe. (Beifall bei der Opposition.) Der Wirtschaftsausschuss wurde nach längerer Debatte mit 285 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

Smuts für eine Weltkonferenz ohne Frankreich

Die „Times“ veröffentlicht ein Schreiben des am Freitag nach Südafrika zurückkehrenden Generals Smuts, in dem dieser nachdrücklich dafür eintritt, daß nach dem durch die abnehmende Haltung Frankreichs bewirkten Scheitern des Versuchs, einen Sachverständigen-Ausschuss zur Untersuchung der Reparationsfrage zuzubringen, Großbritannien unverzüglich die Vereinigten Staaten und andere Länder zu einer Konferenz einladen solle, die sich einer Prüfung der Reparationsfrage im weitesten Umfange (sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom finanziellen Standpunkt) widmen solle. Diese Konferenz würde außerdem zu erörtern haben, wie ein wirklicher Friede für Deutschland gesichert und wie Deutschland eine billige Gelegenheit gegeben werden könnte, seine eigene Wiederherstellung ohne dauernde Bedrückung und Einmischung von außen durchzuführen. Deutschland könne nicht Reparationen bezahlen, wenn nicht die deutsche Währung und der deutsche Kredit wiederhergestellt würden. Diese Wiederherstellung sei nicht möglich, wenn nicht der Reparationsgesamtbeitrag in Höhe eines gerechten und vernünftigen Betrages festgesetzt und Deutschland gestattet werde, in Frieden und ohne dauernde Behinderung seine produktive Industrie wieder aufzunehmen.

Die Lage sei jetzt so ernst und bedrohlich geworden, daß jedes Verfahren, das jetzt begonnen werde, dringend sein solle, um zu wirklichen Lösungen und nicht zu einem weiteren Zeitgewinn zu führen. Eine Konferenz von derartig großer Reichweite und wirklicher Autorität biete die einzige Aussicht auf Anwendung der Katastrophe. Selbst wenn Frankreich nicht an dieser neuen Konferenz teilnehmen wolle, müsse sie einberufen werden. Frankreich ging am 11. Januar ohne uns vor, um die Reparationen im Ruhrgebiet zu suchen. Sollten wir davon zurückzucken, ohne es vorwärts zu geben, wenn etwas weit Tieferes, weit grundlegendes auf dem Spiele steht?

Smuts gibt dann der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck, daß selbst wenn Frankreich sich nicht an dieser Konferenz beteilige, dies die Vereinigten Staaten an einer Teilnahme nicht hindern werde. Einige Hoffnung auf der Rettung Europas

Wie wir hören, wurde am Mittwoch Mittag ein Regier-

Falsche Reichsbanknoten der Reichsbahn. Kürzlich sind Reichs-

Thoma den neuen Bruchfaser Schein zu Grichte belam, tat er

Drohende Einstellung der Herstellung markenfreier Backwaren

Die Bäckereinnung wird sich zu dem Entschluß genötigt sehen, die

Die Gebühren der Volksbücher für Musik, I, 2, 9, sind, wie

Staatsanwalt und Wucher. Die Kölner Staatsanwaltschaft

Anwerbung deutscher Qualitätsarbeiter durch eine ungarische

Mosbach, 15. Nov. Der Verhandlungstermin gegen die Ber-

Freiburg, 15. Nov. Noch länger und schwerer Krankheit ist

Nachbargebiete

London, 15. Nov. Ein Bandwirt namens Beder aus Würz-

Bensheim, 14. Nov. Vergiftet wurden einer hiesigen

Darmstadt, 16. Nov. Unter der Epilmarke „Wer verleiht das

Höchst a. M., 15. Nov. Kreisleiterarzt Peterinrat Dr. Mül-

Veranstaltungen

Theaterrundschau. In der heutigen Aufführung von Rogers

Für den bunten Sonntagabend im Albetonsaal ist der

154. Orgelkonzert Erno Lendmanns in der Christophkirche.

Trauerfeier. Die Handelshochschule Mannheim hat in

Zeichen der Zeit

Als gestern nachmittag ein Lastwagen, der hoch mit Körben

Nachmittags um 4 1/2 Uhr wurde in einer Apotheke im

Das neue Kartgeld. Die staatlichen Münzen sind jetzt Tag und

Aus dem Lande

Heidelberg, 14. Nov. Nach einem Schreiben, das Professor

Weinheim, 14. Nov. Vom Zuge überfahren wurde hier

Kot (Am Wiesloch), 14. Nov. Als eine besondere Frechheit

Bruchsal, 14. Nov. Der neue 50 Milliardenchein der Stadt

Lachermöglichkeiten bei der Ellenbahn. Am 1. Dezember werden

Es gibt kein Gefühl, das unzerstörlicher von unseren Völkern

Theater und Musik

Darmstädter Theater u. Musikfest. Das Schauspiel des heil-

Theaterrundschau. „Der Krüppel“. Schauspiel von Maria

Kunst und Wissenschaft

Einweihung des Freiburger Augustinerklosters. Nach lang-

Mit den Händen leben. Jeder kennt die Lebensart und

Ruhe und Sanft in einem Saal den Ehebruch der Aphrodite und

Deutschlands akademische Jugend. Angeführt des Semeler-

Hochschulnachrichten. Die Universität Heidelberg hat die

Ihr Schicksal ist abhängig von der künftigen Währung! Die Zeiten, wo deutsche Männer und Frauen dem Währungs-

Gerichtszeitung

Mannheimer Strafkammer

Die Bluttat in Redaran vor Gericht

Bei Wiederaufnahme der Sitzung am 4. Uhr war der... wiederum gedrängt voll. Staatsanwalt Dr. Heller konstatierte, daß sich die Bluttat durch die Betrübnahme vollstän-

Hieraus begannen die Plädoyers der fünf Rechtsanw. A. M. Dr. Marx tritt den Antrag, daß der... nicht erbracht. Er ist nicht im Besitz seiner vollen geistigen Fähigkeiten...

Zurück vor 6 Uhr abends sah sich das Gericht zur Urteilsbegründung... nach Wiederaufnahme der Sitzung verhandelte der Vorsitzende folgende Urteile:

Wahlkreis zum unbefugten Erwerb und Verbreiten von Plakaten und Broschüren. Am 24. August sollte in München eine von der Kommunistischen Partei veranfaßte öffentliche Versammlung stattfinden...

Sportliche Rundschau

- Pferderennen: Karlsdorf. Rennbahn Jagdrennen. 3300 M. 3400 M. 1. v. Rodens. 2. Rarotte. 3. Montpar. 13:10. -- Kolliker Jagdrennen. 7000 M. 4000 M. 1. v. Zornberg. 2. Kompter. 3. H. 24:10. 16. 19:10. -- Renner. 2. Spitz. 3. H. 24:10. 16. 19:10. -- ...

Neues aus aller Welt

Man schaupft wieder Lobel. So unglaublich es auch klingen mag -- das Lobelchuppen scheint sich neuerdings zu verbreiten. In der Rheinländer Fabrik wurde früher monatlich 40 Zentner Schauptlobel erzeugt, jetzt ist die Erzeugung auf 70 Zentner gestiegen...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November. Table with columns for days (1-16) and water levels in Mannheim and Weilmann.

Mannheimer Wetterbericht v. 16. Nov. morgens 7 Uhr. Barometer 743.5 mm. Thermometer 9.4 C. Niederschlags Temperatur heute: 3.5 C. Nächste Temperatur morgen: 3.5 C. Niederschlag: 1.6 mm...

Aus Handel und Industrie

Die Einführung der Rentenmark

Die Durchführungsbestimmungen zur Rentenbank-Verordnung

Aus den Durchführungsbestimmungen zur Deutschen Rentenbank-Verordnung ist zu entnehmen, daß die Reichsregierung bei der Rentenbank einen Kommissar und einen Vertreter dieses Kommissars bestellt, jedoch geschieht diese Bestellung lediglich zum Zwecke der gegenseitigen Fühlungnahme...

Die Belastung der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe einschließlich der Banken trifft solche Betriebe, in denen am 16. Oktober Arbeitnehmer beschäftigt worden sind. Vorläufig wird diese Belastung nach der Höhe der Betriebsvermögen, die für den ersten Teilbetrag der Brotverorgungsabgabe maßgebend sind, umgelegt.

Die Zinsen der Rentenbriefe sind halbjährlich nachträglich zahlbar, der erste Zinsschein am 1. Juli 1924 fällig. Der Anruf und die Einziehung der Rentenmarksscheine dürfen nur auf Anordnung oder mit Genehmigung der Reichsregierung erfolgen.

§ 51: Lautet eine Schuld auf Rentenmark, so kann die Zahlung in Reichswährung erfolgen, es sei denn, daß Zahlung in Rentenmark ausdrücklich bedungen ist. Die Umrechnung erfolgt nach dem letzten, vor dem Tage der Zahlung für den Zahlungsort maßgebenden Wertverhältnis.

Nach einer demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Verordnung betr. Ausdehnung der Devisengesetzgebung, unterliegt der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständigem Notgold den gleichen Beschränkungen, wie der Erwerb gegen Reichsmark. Ferner ist die Beleihung ausländischer Geldsorten in den genannten Zahlungsmitteln verboten.

Der Reichskanzler empfing gestern den Verwaltungsrat der Rentenbank. Der Verwaltungsrat legte nochmals kurz die Voraussetzungen für die Wertbeständigkeit des neuen Zahlungsmittels dar. Das Vertrauen des Volkes könne nur gewonnen werden durch die unbedingte Zuverlässigkeit, daß die Reichsregierung und alle nachgeordneten Stellen mit größtem Nachdruck die Ursachen bekämpfen würden, die bisher eine Gesundung der Währung verhindert haben.

haushalts, wobei unter Hintansetzung aller Parteirück-sichten auf eine unbedingte Sparsamkeit gedrungen werden müsse.

Notwendig sei ferner der Abbau des Beamtenapparates, die Beseitigung der produktionshindernden Steuern und statt dessen Einführung verständlicherer und einträglicherer Steuern, wie Vorseibständigkeit der Finanzen der Länder und Gemeinden unter Oberaufsicht des Reiches, aber unter deren eigener Verwaltung, die Loslösung der Reichsbetriebe aus dem allgemeinen Etat. Die Voraussetzung für die Wertbeständigkeit des neuen Zahlungsmittels sei im übrigen die Aktivierung der Zahlungsbilanz, die nur durch die Förderung der Ausfuhr erreicht werden könne.

Der Reichskanzler erklärte zu den wesentlichen Grundgedanken der Darlegungen des Verwaltungsrates seine Zustimmung und betonte insbesondere, daß die Reichsregierung sich auf alle Fälle innerhalb der durch die Verordnung geschaffenen Grenzen für die Belastung und die Kredite halten werde. Sie bemühe sich mit größtem Nachdruck, die Forderungen der einzelnen Ämter auf das äußerste zu beschränken.

Einen größeren Raum der Erörterungen nahm auch die Frage ein, wie die Rentenmark möglichst schnell in den Verkehr gebracht werden könnte. Der Buchdruckerstreik habe zwar die Herstellung der Noten um einige Tage verzögert, indes könne damit gerechnet werden, daß auch, abgesehen von den Zahlungen, die das Reich in den nächsten Tagen leisten, nicht unerhebliche Beträge zur Einlösung von Papiermark gegen Rentenmark bereitgestellt würden.

Börsenberichte. Die auf den Montag, 13. November 1923, berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt bei einem amtlichen Dollarkurse von 840 Milliarden M das 265,6 milliardenfache der Vorkriegspreise...

Devisenmarkt. New York, 15. Nov. (W) Devisen. Frankreich 14. 13, Belgien 4.45 4.27, Schweiz 17.25 17.45, England 4.29 4.30, Spanien 14. 16, Italien 12.20 12.26, 1.37 1.27.

Waren und Märkte. Mannheimer Kleinviehmarkt. Zum gestrigen Kleinviehmarkt waren zugeführt: 40 Kalber, 13 Schweine und 140 Ferkel und Läufer. Wegen des geringen Auftriebes wurden für Kalber und Schweine Preise nicht notiert.

London, 15. Nov. (W) Metallmarkt. In Lat. 1. v. 1919 kg. Kupfer-Kass 17.75 18.15, Zinn-Kass 13.25 13.65, Blei-Kass 10.00 10.30, Nickel-Kass 13.00 13.25, Eisen-Kass 12.50 12.75, Zink-Kass 10.00 10.25, Quecksilber 18. 19. --, Kupfer-Kass 12. 13. --, Zinn-Kass 12. 13. --, Eisen-Kass 10. 11. --, Zink-Kass 10. 11. --, Kupfer-Kass 12. 13. --, Zinn-Kass 12. 13. --, Eisen-Kass 10. 11. --, Zink-Kass 10. 11. --.

Bekanntmachung

betreffend

die Ausgabe neuer Reichsbanknoten über Zehn Billionen Mark mit dem Datum vom 1. November 1923 (II. Ausgabe).

In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten zu zehn Billionen Mark in den Verkehr gebracht werden.

Die Note ist 120 x 82 mm groß und auf weißem Papier gedruckt, dessen Wasserzeichen ein Linienmuster mit den Buchstaben G und D, ein Kugelmuster oder ein gitterartiges Muster mit dem ständig wiederkehrenden Buchstaben S bildet. Sie trägt in einer vergierten Umrahmung drei Felder, von denen die beiden schmalen seitlichen als Untergrund ein hellblau wirkendes Linienmuster zeigen. In dem linken schmalen Felde ist in deutschen Buchstaben der Straffatz, in dem rechten die Wertbezeichnung „10 Billionen 10“ aufgedruckt. Der Untergrund des Mittel-feldes besteht aus kleinen Vierblättern, zwischen denen die Zahl 10 regelmäßig wiederkehrt. Darüber ist eine reich verzierte Gussloche gelegt, in deren linken und rechten Felde oben die hunkle Wertzahl 10 erscheint. Die Farbenwirkung dieses mittleren Teiles ist gelbgrün verlaufend. In diesem Teil ist der Text der Note in schwarzer Farbe und deutschen Buchstaben gedruckt. Er lautet:

Reichsbanknote Zehn Billionen Mark

zahlt die Reichsbankhauptkassa in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer.

Berlin, den 1. November 1923.

Reichsbankdirektorium

Havenstein v. Glasenapp v. Grimm Kauffmann
Schneider Badesies Bernhard Seiffert
Voths Friedrich Fuchs P. Schneider.

Über dem Datum der Note befindet sich eine strichförmige Verzierung; links von dieser sind die Kennbuchstaben und die Serienziffern, rechts die Nummer in roter Farbe angebracht.

Die Rückseite der Note ist unbedruckt.

Berlin, den 9. November 1923.

Reichsbankdirektorium

Havenstein v. Glasenapp

Bekanntmachung

betreffend die Verwendung andersartigen Wasserzeichenpapiers zum Druck der Reichsbanknoten über

50 Milliarden Mark mit dem Datum vom 10. Oktober 1923, I. Ausgabe, 200 Milliarden Mark mit dem Datum vom 15. Oktober 1923 I. Ausgabe, 5 Billionen Mark mit dem Datum vom 1. November 1923, I. Ausgabe, 10 Billionen Mark mit dem Datum vom 1. November 1923, I. Ausgabe.

Die Reichsbanknoten über 50 Milliarden Mark I. Ausgabe, 5 Billionen Mark I. Ausgabe und 10 Billionen Mark I. Ausgabe werden in Zukunft auch auf weißem Papier mit einem durchgehenden Vierpaßwasserzeichen gedruckt werden. Der auf der rechten Seite der genannten Noten bisher befindliche farbige Stoffaufsatz, sowie die Fäden kommen in Fortfall.

Die auf Vierpaßmuster gedruckten Reichsbanknoten über 50 Milliarden Mark I. Ausgabe sind 88 x 175 mm groß.

Die Reichsbanknoten zu 200 Milliarden Mark I. Ausgabe werden auch auf weißem Papier mit Kantenwasserzeichen gedruckt.

Die Reichsbanknoten bis zu einschließlich 100 Milliarden Mark werden nicht mehr nummeriert.

Berlin, den 13. November 1923.

Reichsbankdirektorium

Havenstein v. Glasenapp.

National-Theater Mannheim

Freitag, den 16. November 1923
Miese H. Reha sing, 3. Vorstellung
P.-V.-B. Nr. 11131-11230 u. 12701-12700
K.-V.-B. Nr. 901-1007

Die Zauberflöte

Grosse Oper in zwei Aufzügen von Emanuel Schikaneder. Musik von Wolfgang Amadeus Mozart. Spielleitung: Karl Marx. Musikalische Leitung: Paul Breuch. Anfang 6 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Personen siehe Nr. 519 des General-Anzeigers.

Neues Theater im Rosengarten

Freitag, den 16. November 1923
P. V. B. Nr. 1081-8970
B. V. B. Nr. 3801-3850 u. 3901-4200 u. 4801-4900 und 5001-6050

Der Mustergale

Schwank in drei Aufzügen von Avery Popwood. Für die deutsche Bühne bearb. v. B. Pogson. In Szene gesetzt von Karl Marx. Ende nach 9 1/2 Uhr.
Billie Bartlett Ernst Studeck
Margareta, seine Frau Elise von Hagen
Jack Wheeler Richard Eggarter
Blanche, seine Frau Elvira Erdmann
Fredrik Evans H. Herbert Michels
Mary, Margaret's Kammerjungfer Grate Bäcker
Harrigan Josef Renkert
Peter Umsehweise Kurt Reiss

Sonntagabend im Nibelungensaal
Anfang 8 Uhr

Moderne Tänze. - Operette.

Vorverkauf 80 Pfg. Tageskasse Zuschlag.
Volks-Singakademie Mannheim.
Sonntag, den 18. November, nachmittags 2 1/2 Uhr
im Nibelungensaal

à cappella Konzert

Karten in den bekannt. Verkaufsstellen sowie an der Tageskasse im städt. Rosengarten v. vorm. 11 Uhr ab.

Unsere innigstgeliebte Schwester und Schwägerin
Frau Elise Krampf
ist heute nach langem, schwerem Leiden
sanft entschlafen.
Einsegnung Freitag, 16. Nov. 3 Uhr nachm.
Mannheim, den 14. November 1923
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise warmer und aufrichtiger Teilnahme an dem Verluste unseres lieben Dahingeschiedenen sagen wir hiermit unseren tiefgefühlten Dank. Besonders danken wir auch der Direktion der Reutherwerke, sowie den Meistern und Arbeitern für ihre liebevolle Anteilnahme und Herrn Stadtpf. Jendt für seine tröstlichen Worte.
Mhm.-Waldhof, 15. Nov. 1923.
Ww. Jacob Ruf u. Kinder.

Stoffe und Futter
für Herren und Damen verkauft billig (auch Teilzahlung) **Eingangsgeschäft Stoffel**,
Stamlnstrasse 7. 20814

Öffentliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Die Gebühren der Selbstbehalt für Musik, L. 2, 8, sind ab 15. November, wie folgt festgelegt: Jahresgebühren 50 Pfg., in den beiden letzten Halbjahren 20 Pfg., Bezugsgebühren pro Tag und Werk 10 Pfg., Leihgebühren 5 Pfg. (Freiwillige Beiträge abgeben). Bedürftige Musikanten werden sich wegen Ermäßigung an den Musikant für Notmusikerfrage. 111

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft.

Rentenmark als Zahlungsmittel.

Um die Einführung der Rentenmark als Zahlungsmittel zu fördern, werden wir Rentenmark-Konten eröffnen, für deren Führung neben unseren allgemeinen Geschäftsbedingungen bis auf weiteres folgende Bestimmungen maßgebend sind:

1. Die erste Einzahlung muß mindestens 40 Rentenmark betragen; die Aufrechterhaltung eines Mindestguthabens wird jedoch nicht verlangt.
2. Im Rahmen des Guthabens kann durch Abhebung gegen Quittung oder Scheck verfügt sowie Zahlungs- oder Ueberweisungs-Auftrag erteilt werden. Scheckbücher stehen zur Verfügung.
3. Bis 11 Uhr vormittags eingehende Barzahlungen und Schecks auf unsere Geschäftsstellen des gleichen Ortsbereiches werden zum gleichen Tag gutgeschrieben, spätere Eingänge Wert nächsten Werktag. Schecks auf unsere sämtlichen 300 Filialen und 130 Depositenkassen in Deutschland schreiben wir Wert 3. Werktag gut, falls sie bis 1 Uhr, Wert 4. Werktag, falls sie nach 11 Uhr eingehen.
4. Ueberträge von einem Konto auf ein anderes im gleichen Ortsbereich schreiben wir Wert gleichen Tag gut. Ueberweisungen von Kunden einer unserer Geschäftsstellen auf das Konto des Kunden einer anderen Geschäftsstelle unserer Bank schreiben wir Wert 3. Werktag gut, falls der Auftrag bis 11 Uhr, Wert 4. Werktag, falls der Auftrag nach 11 Uhr einget.
5. Wir verzinsen Rentenmark-Einlagen mit:
4% jährlich bei täglicher Kündigung,
6% jährlich bei monatlicher Kündigung oder auf einen Monat fest.
Die aufgelaufenen Zinsen werden dem Konto halbjährlich gutgeschrieben.
6. Die Führung der Konten erfolgt provisionsfrei.

Mannheim, den 16. November 1923.

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft.

Offene Stellen

Speditions- u. Schiffsahrts-Firma

Filialleiter

sucht für zu errichtende Niederlassung einen tüchtigen Akquisiteur.

Angebote unter N. Y. 198 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 7164

Bauzeichner
geübter L. d. Arch. u. Entwürfer, Werkplänen u. a. 4 bis 5 Monate zum sofortigen Eintritt gesucht.
Für Stelle, Mühl. beliebige Unterstellen wollen sich um Befähigung u. Zeugnissen sowie Angabe der Gehaltsforderung wenden u. O. R. 49 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 20810

Stellen-Gesuche
Fräulein, Mitte 30, 10 Jahre in Spezialeigenschaft als Kassiererin und Buchhalterin tätig, in allen Büroarbeiten bewandert, wüßte sich zu verändern, 1. oder per 1. Januar, Angebote unter P. M. 69 an die Geschäftsstelle. 20820

Hausschneiderin
hat noch einige Tage frei. Angebote unter P. Q. 73 an die Geschäftsstelle. 4852

Fräulein
zur Lohn- und Steuerberechnung sowie Buchführung gesucht. Ang. u. P. J. 66 an die Geschäftsstelle. 4847

Schneiderin
gehört von Hand zu nähen. Zuschrift unter M. M. 1114 an "Mannheim". 20812

Servier-Fräulein
für erstl. Dienst zum sofortigen Eintritt gesucht
Schwarzwald-Diele, Pforzheim.
Tüchtiges Alleinmädchen
in kleinen Haushalt (3 Personen) zum sofortigen Eintritt gesucht. 4881

Walthers
D. G. 4, 1 Treppe
Tücht. Mädchen
das kochen kann, tagelöhner ist, gelucht, hässlich u. sauber. Borzuzustellen Emil Hoyerstr. 6a. 1. Etage

Kauf-Gesuche
Furnierböcke
mit Eisenpinne gegen Kleberholz zu kaufen gesucht. Näheres G. 7, 86, Waldinger.

Rattenfänger
zu leihen oder zu kaufen gesucht.
226, L. d. Geschäftsstelle.

Miet-Gesuche
Möbliertes Wohn- u. Schlafzimmer
oder nur Wohnzimmer. 4849
im Zentrum der Stadt für Sonntagabend sofort gesucht. Angebote unter P. L. 68 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zu mieten
eleg. Villa oder Etage
evtl. möbliert, in vornehmer Lage (Zentrum) gegen Goldmiete sofort gesucht. 4832

Park-Hotel, Zimmer 12
Angebote: 4832

Tausch.
Grosses Büro, 10 Räume mit 3 Zim.-Wohnung in zentraler Lage, Hauptverkehrs- und Geschäftspunkt der Strassenbahn, gegen kleineres Büro von 4 Räumen und 3 Zim.-Wohnung in der Schlossgegend, Oberstadt. Angebote unter M. Y. 173 an die Geschäftsstelle. 5235

Speditions- und Schiffsahrts-Firma
sucht Büro-Räume
gegen zeitgemässe Miete. Angebote unter N. Z. 199 an die Geschäftsstelle.

Motorrad
4 PS. D. R. B. Selbstmotorrad, 2 1/2 PS. mit Benzolmotor, verkauft. Preis 100,-. Näheres unter M. M. 1112 an "Mannheim". 4855

Schöne deutsche Dogge
umliegend zu verkaufen. Preis 60,-. Näheres unter M. M. 1112 an "Mannheim". 4855

Drei Schnauzer
zu verkaufen. Preis 40,-. Näheres unter M. M. 1112 an "Mannheim". 4855

Ja verkaufen an nur solente Käufer wegen Wegzug. 4856

Eckhaus
in guter Lage, mit großem Garten, 2 1/2 Zim., als Büro, sofort bezugsfähig. Preis 100,-. Näheres unter M. M. 1112 an "Mannheim". 4855

Motorrad
4 PS. D. R. B. Selbstmotorrad, 2 1/2 PS. mit Benzolmotor, verkauft. Preis 100,-. Näheres unter M. M. 1112 an "Mannheim". 4855

Schöne deutsche Dogge
umliegend zu verkaufen. Preis 60,-. Näheres unter M. M. 1112 an "Mannheim". 4855

Drei Schnauzer
zu verkaufen. Preis 40,-. Näheres unter M. M. 1112 an "Mannheim". 4855

Grosser Lagerraum
mögl. mit Büro im Zentrum der Stadt oder Nähe eines Bahnhofs. 4848
sofort gesucht.
Angebote unter P. K. 67 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wohnungs-Tausch!
Gesucht: 1 oder 2 Zimmerwohnung in Mannheim. 637
Geboten: 4 Zimmer mit Garten und Sandung in Baden-Baden nach näherer Vereinbarung. Angebote erbiten unter M. M. 1112 an "Mannheim".

Vermischtes.
Feinkosthaus Hch. Kinna
Tel. 2663 Mannheim F 1, 74
Täglich

frische Seefische
eintreffend.
Hotels, Gasthäuser Begünstigung. 4858

Zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs bitten wir Zahlungen auf unser Postscheckkonto
Nr. 17590 Karlsruhe
zu machen.

Mannheimer General-Anzeiger
5383

Speditions- und Schiffsahrts-Firma
sucht Büro-Räume
gegen zeitgemässe Miete. Angebote unter N. Z. 199 an die Geschäftsstelle.